

PRESSEINFORMATION

Kiel, d. 17.11.1999
Es gilt das gesprochene Wort

TOP 30 Rückzug des Bundes aus der Finanzierung der Bereitschaftspolizeien der Länder (Drs. 14/2381)

Wir haben Verständnis dafür, daß die Bundesregierung jetzt jeden Haushaltsposten durchforstet, um zu sehen, wo möglichst wenig schmerzhaft die notwendigen Milliarden für die angekündigte Erneuerung Deutschlands gefunden werden können. Allerdings haben wir erhebliche Zweifel, ob die Regelung zur Finanzierung der Bereitschaftspolizeien der Länder, die sich nun seit fast 40 Jahren bewährt hat, wirklich der richtige Posten ist.

Bisher hat das Land die Personalkosten getragen, während der Bund für das Gerät aufkam. Der Bundesfinanzminister möchte jetzt in diesem Bereich der sachlichen Ausrüstung im nächsten Jahr 2,9 Millionen, 2001 29 Millionen und in den beiden folgenden Jahren jeweils 35 Millionen Mark einsparen.

Soll denn wirklich über die Neuverteilung der Finanzierung polizeilicher Aufgaben zwischen Bund und Ländern nachgedacht werden, dann sollte dieses konsequenterweise unter dem Vorzeichen geschehen, auf welcher Ebene und durch wen die Aufgaben der Bereitschaftspolizeien entstehen.

Es ist fast schon ein Treppenwitz, daß die Bundesregierung den Rückzug des Bundes aus der Finanzierung der Bereitschaftspolizeien erwägt, während bundespolitische Entscheidungen wie die Castor-Transporte oder internationale Veranstaltungen der Bundesregierung wie EU- oder Weltwirtschaftsgipfel den Löwenanteil jener überörtlichen Großeinsätzen ausmachen, die Bereitschaftspolizistinnen und -polizisten aus der ganzen Republik versammeln. Auch unsere schleswig-holsteinischen Beamtinnen und Beamten verbringen bald mehr Zeit in anderen Bundesländern als bei uns.

Aus der Sicht des SSW ist es ganz natürlich, daß der Bund sich an der Finanzierung der Bereitschaftspolizeien beteiligt, so lange er extensiv auf Kräfte der Länderpolizeien zurückgreift. Die bisherige Kostenteilung durch die Trennung von Personal- und Gerätekosten hat sich bewährt. Ein alternativloser Rückzug des Bundes ist induscutabel.

Die Bundesregierung hat als Symbol für ihr Programm „Deutschland erneuern“ eine Rose und eine Rosenschere gewählt. Ich vermute mal, sie möchte uns damit sagen, daß sie nichts von finanzpolitischen Rasenmähermethoden hält, sondern gezielt kürzen will. Ich hoffe sehr, daß sie in Verbindung mit den Bereitschaftspolizeien noch erkennen wird, daß sie die Schere nicht an Wildwuchs und kranke Triebe angesetzt hat, sondern an den Stamm.